

# RS Vfgh 2004/6/9 B1241/03

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.06.2004

## Index

90 Straßenverkehrsrecht, Kraftfahrrecht

90/02 Kraftfahrgesetz 1967, Führerscheingesetz

## Norm

B-VG Art83 Abs2

FührerscheinG §35 Abs1, §41 Abs1, Abs1a idF VerwaltungsreformG 2001, BGBl I 65/2002

## Leitsatz

Verletzung im Recht auf ein Verfahren vor dem gesetzlichen Richter durch Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenates über eine Berufung gegen einen Bescheid der Bundespolizeidirektion betreffend die Entziehung der Lenkberechtigung; Zuständigkeit des Landeshauptmannes aufgrund einer Übergangsbestimmung für anhängige Verfahren zur Novellierung des Führerscheingesetzes durch das Verwaltungsreformgesetz 2001

## Rechtssatz

Aufgrund der Übergangsbestimmung für "anhängige Verfahren" gemäß §41 Abs1a FührerscheinG ist in Verfahren, die vor dem 01.08.02 (Tag des Inkrafttretens der Novelle gemäß §43 FührerscheinG idF VerwaltungsreformG 2001, BGBl I 65/2002) "anhängig" waren - nach der früheren Rechtslage - der Landeshauptmann in zweiter Instanz zuständig.

"Anhängig" ist ein Verfahren zur Entziehung der Lenkberechtigung nach dieser Bestimmung bereits dann, wenn die Führerscheinbehörde - mit Blick auf eine mögliche Entziehungsmaßnahme - konkrete Ermittlungen zu der den Anlass der Entziehung bildenden Tat eingeleitet hat (siehe zum Begriff "anhängige Verfahren" auch VfGH v 09.11.99, ZI 99/11/0245).

## Entscheidungstexte

- B 1241/03  
Entscheidungstext VfGH Erkenntnis 09.06.2004 B 1241/03

## Schlagworte

Behördenzuständigkeit, Übergangsbestimmung, Kraftfahrrecht, Lenkerberechtigung

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:2004:B1241.2003

## Dokumentnummer

JFR\_09959391\_03B01241\_01

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)